BFH – Anhängige Verfahren

- ***AO § 163:***
  Billigkeitserlass, Vorsteuerabzug, Einfuhrumsatzsteuer, Rechtsirrtum

  Bundesfinanzhof Az: V R 8/23

  Anerkennung des Vorsteuerabzugs aus der entrichteten Einfuhrumsatzsteuer im Wege des Billigkeitsverfahrens nach § 163 AODarf einem umsatzsteuerrechtlichen Unternehmer aufgrund der ordnungsgemäß abgeführten Einfuhrumsatzsteuer, deren Aufkommen zu keinem Zeitpunkt gefährdet war, das Recht auf Vorsteuerabzug, als Ausprägung des Neutralitätsprinzips, durch einen formalistischen Fehler, namentlich die Abführung der Einfuhrumsatzsteuer durch die falsche Person, also die falsche Festlegung des Steuerschuldners und des Abzugsberechtigten für den Vorsteuerabzug, nicht verwehrt werden?

- ***DBA CHE Art 2 Abs 3 Nr 1 Buchst b:***
  Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Schifffahrt

  Bundesfinanzhof Az: I R 17/23

  Ausschließliches Besteuerungsrecht der Schweiz für inländische Agenturtätigkeit einer Personengesellschaft - Abkommensberechtigung im Bereich der Gewerbesteuer1. Führt eine KG im Inland nur das Befrachtungsgeschäft für ihre Kommanditistin, eine Reederei mit Geschäftsleitung in der Schweiz, durch, ist dies dann eine Agenturtätigkeit im Sinne des Art. 8 Abs. 4 Buchst. b DBA-Schweiz, die im unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Reedereibetrieb steht? Ist die ihrer Kommanditistin von der KG vermittelte inländische Betriebsstätte Teil des eigenunternehmerischen Schifffahrtsbetriebes der Kommanditistin mit der Folge, dass das ausschließliche Besteuerungsrecht an den Einkünften der KG nach Art. 8 Abs. 1 DBA-Schweiz der Schweiz zusteht (sog. Schifffahrtsprinzip; gegen Fachinformation der Finanzbehörde Hamburg vom 30.05.2018, DStR 2018, 1973)?2. Ist eine KG, auch wenn sie ein gewerbliches Unternehmen im Inland betreibt und selbst Subjekt der deutschen Gewerbesteuer ist (§ 5 Abs. 1 Satz 3 GewStG), nach dem DBA-Schweiz nicht abkommensberechtigt, weil sie keine Person im Sinne des Art. 3 Abs. 1 DBA-Schweiz und darüber hinaus auch nicht unbeschränkt steuerpflichtig ist? Kann sie sich jedoch zugunsten ihrer Gesellschafter auch im Bereich der Gewerbesteuer auf deren Abkommensrechte berufen?

- ***DSGVO Art 15:***
  Datenschutzgrundverordnung, Kommanditist, Steuergeheimnis

  Bundesfinanzhof Az: IX R 21/23

  In welcher Form und in welchem Umfang erwächst einem Gesellschafter (im Streitfall handelt es sich um einen Treuhandkommanditist), ein Auskunfts- beziehungsweise Akteneinsichtsanspruch aus dem Verfahrens- oder Datenschutzrecht?

- ***DSGVO Art 82:***
  Datenschutz-Grundverordnung, Schaden

  Bundesfinanzhof Az: IX R 11/23

  Unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang gewährt Art. 82 der Datenschutz-Grundverordnung einen Anspruch auf Ersatz von (immateriellen) Schäden?

- ***EGRL 112/2006 Art 312 Nr 2:***
  Differenzbesteuerung, Innergemeinschaftlicher Erwerb

  Bundesfinanzhof Az: XI R 22/23

  Handelsspanne bei Anwendung der Differenzbesteuerung im Falle des innergemeinschaftlichen ErwerbsMindert bei Anwendung der Differenzbesteuerung auf Lieferungen von Kunstgegenständen, die zuvor von Künstlern innergemeinschaftlich erworben wurden, die Steuer für den innergemeinschaftlichen Erwerb die zu besteuernde Marge?Das Verfahren XI R 2/20 war durch Beschluss vom 20.10.2021 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-180/22 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- ***ErbStG § 13 Abs 1 Nr 4c:***
  Familienwohnheim, Wirtschaftliche Einheit, Feststellungsbescheid

  Bundesfinanzhof Az: II R 27/23

  Welche Flächen sind in dem Zusammenhang mit der Steuerbegünstigung des § 13 Abs. 1 Nr. 4c ErbStG als begünstigtes Vermögen zu berücksichtigen, insbesondere wenn es sich um ein Gemengenlage von benachbarten Flurstücken handelt?

- ***ErbStG § 13a Abs 10:***
  Optionsverschonung, Antrag

  Bundesfinanzhof Az: II R 19/23

  Ist im Fall einer durch den Steuerpflichtigen beantragten Optionsverschonung (100 % ige Steuerbefreiung) ein sogenannter „Rückfall“ auf die Regelverschonung (85 % ige Befreiung) möglich, wenn sich zu einem späteren Zeitpunkt herausstellt, dass die Voraussetzungen der Optionsverschonung letztlich nicht erfüllt werden können?

- ***EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:***
  Land- und Forstwirtschaft, Gewerblicher Grundstückshandel, Erschließung, Hilfsgeschäft

  Bundesfinanzhof Az: VI R 8/23

  Führt die Erschließung, Parzellierung und Veräußerung bisher land- und fortwirtschaftlich genutzter Grundstücke zur Begründung eines gewerblichen Grundstückshandels, wenn die Erschließung durch ein von der Kommune beauftragtes Erschließungsunternehmen auf Grundlage einer privatrechtlichen Kostentragungsvereinbarung zwischen diesem und dem Eigentümer der Grundstücke erfolgt; oder liegt ein Hilfsgeschäft des land- und forstwirtschaftlichen Betriebs vor?

- ***EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:***
  Land- und Forstwirtschaft, Gewerblicher Grundstückshandel, Erschließung, Hilfsgeschäft

  Bundesfinanzhof Az: VI R 9/23

  Führt die Erschließung, Parzellierung und Veräußerung bisher land- und fortwirtschaftlich genutzter Grundstücke zur Begründung eines gewerblichen Grundstückshandels, wenn die Erschließung durch ein von der Kommune beauftragtes Erschließungsunternehmen auf Grundlage einer privatrechtlichen Kostentragungsvereinbarung zwischen diesem und dem Eigentümer der Grundstücke (Landwirt) erfolgt; oder liegt ein Hilfsgeschäft des land- und forstwirtschaftlichen Betriebs vor?

- ***EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:***
  Land- und Forstwirtschaft, Gewerblicher Grundstückshandel, Erschließung, Hilfsgeschäft

  Bundesfinanzhof Az: VI R 10/23

  Führt die Erschließung, Parzellierung und Veräußerung bisher land- und fortwirtschaftlich genutzter Grundstücke zur Begründung eines gewerblichen Grundstückshandels, wenn die Erschließung durch ein von der Kommune beauftragtes Erschließungsunternehmen auf Grundlage einer privatrechtlichen Kostentragungsvereinbarung zwischen diesem und dem Eigentümer der Grundstücke (Landwirt) erfolgt; oder liegt ein Hilfsgeschäft des land- und forstwirtschaftlichen Betriebs vor?

- ***EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:***
  Land- und Forstwirtschaft, Gewerblicher Grundstückshandel, Erschließung, Hilfsgeschäft

  Bundesfinanzhof Az: VI R 11/23

  Führt die Erschließung, Parzellierung und Veräußerung bisher land- und fortwirtschaftlich genutzter Grundstücke zur Begründung eines gewerblichen Grundstückshandels,

wenn die Erschließung durch ein von der Kommune beauftragtes Erschließungsunternehmen auf Grundlage einer privatrechtlichen Kostentragungsvereinbarung zwischen diesem und dem Eigentümer der Grundstücke (Landwirt) erfolgt; oder liegt ein Hilfsgeschäft des land- und forstwirtschaftlichen Betriebs vor?

- ***EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 2:***
  GmbH-Anteil, Sonderbetriebsvermögen, Kapitalerhöhung, Agio, Anschaffungskosten, Gestaltungsmissbrauch

Bundesfinanzhof Az: IV R 12/23

Handelt es sich bei einem im Rahmen einer Kapitalerhöhung geleisteten Aufgeld um Anschaffungskosten nur des neu entstandenen GmbH-Anteils, oder hat eine anteilige Zurechnung auf sämtliche Geschäftsanteile zu erfolgen? War der -später veräußerte- neue Anteil im Streitfall als Sonderbetriebsvermögen zu behandeln? Liegt ein Gestaltungsmissbrauch vor, wenn die Einlage durch Verzicht auf ein (werthaltiges, niedrig verzinstes) Gesellschafterdarlehen erbracht wird, dessen Nennbetrag den gemeinen Wert der neuen Anteile um ein Mehrfaches übersteigt?

- ***EStG § 18 Abs 1 Nr 1:***
  Betriebsausgabe, Vertrag zwischen Angehörigen, Fremdvergleich, Mietverhältnis, Ehegatten

Bundesfinanzhof Az: VIII R 23/23

Besteht im Rahmen eines Ehegattenmietverhältnisses (hier: Überlassung von Räumlichkeiten zum Betrieb einer Rechtsanwaltskanzlei) eine Anpassungspflicht hinsichtlich des Mietvertrags bis hin zur Vereinbarung einer unentgeltlichen Nutzungsüberlassung, wenn die Mietzahlungen nur noch aus gemeinsamen Mitteln der Ehegatten aufgebracht werden können?

- ***EStG § 34c Abs 5:***
  Auslandstätigkeitserlass, Steuerbefreiung, Entwicklungshilfe

Bundesfinanzhof Az: I R 51/23

Keine Steuerbefreiung nach dem Auslandstätigkeitserlass bei EU-finanzierten Entwicklungshilfeprojekten1. Liegt eine unter Progressionsvorbehalt steuerfreie "Begünstigte Tätigkeit" nach Abschn. I Nr. 4 des Auslandstätigkeitserlasses nicht vor, wenn ein Entwicklungshilfeprojekt nicht im Rahmen der deutschen öffentlichen Entwicklungshilfe stattfindet, sondern durch Mittel der EU finanziert wird?2. EuGH-Vorlage zur Vorabentscheidung mit Beschluss vom 13.07.2021 - I R 20/18, über die der EuGH mit Urteil vom 07.09.2023 - C-15/22 (EU:C:2023:636) entschieden hat. Das Verfahren wird unter dem Az. I R 51/23 (I R 20/18) fortgeführt.

- ***EStG § 4 Abs 4:***
  Rechnungsabgrenzung, Betriebsausgabe, Handgeld, Spielerlaubnis

  Bundesfinanzhof Az: XI R 10/23

  Sind die Handgelder für die bloße Unterzeichnung von Arbeitsverträgen durch Fußball-Lizenzspieler als Betriebsausgaben sofort abzugsfähig oder als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten auf die vertraglich vereinbarte Laufzeit der Arbeitsverträge zu verteilen?

- ***EStG § 62 Abs 1a S 3:***
  Kindergeld, Freizügigkeit, Sozialleistung

  Bundesfinanzhof Az: III R 16/23

  Schließt die Inanspruchnahme von (unangemessenen) Sozialleistungen aus, dass ausreichende Existenzmittel im Sinne des Art. 7 Abs. 1 Buchst. b der RL 2004/38/EG vorhanden sind?

- ***FGO § 52a Abs 4 S 1 Nr 2:***
  Besonderes elektronisches Steuerberaterpostfach, Nutzungspflicht

  Bundesfinanzhof Az: I R 31/23

  Kommt es für die aktive Nutzungspflicht des besonderen elektronischen Steuerberaterpostfachs (beST) ab dem 01.01.2023 (§ 52d Satz 1 und 2 FGO) nicht darauf an, ob der Registrierungsbrief der Bundessteuerberaterkammer zur Anmeldung beim beSt im Zeitpunkt der Klageerhebung bereits vorgelegen hat oder nicht? Ist allein entscheidend, dass die digitale Infrastruktur des beSt vollumfänglich und funktionstüchtig zur Verfügung stand?

- ***FGO § 52d S 2:***
  Besonderes elektronisches Steuerberaterpostfach, Steuerberater, Nutzungspflicht, Registrierung, Klageeinreichung

  Bundesfinanzhof Az: IX R 23/23

  Klageeinreichung per Fax am 20.01.2023 durch einen Steuerberater.
  War ein Steuerberater von sich aus verpflichtet, eine schnellstmögliche Registrierung für das besondere elektronische Steuerberaterpostfach (beSt) per sog. "Fast Lane" zu beantragen?

- ***FGO § 52d:***
  Elektronische Übermittlung, Klage, Bevollmächtigter, Postfach, Einrichtung

  Bundesfinanzhof Az: VI R 13/23

  1. Werden auch die sogenannten "bestimmenden Schriftsätze" (bspw. die Klageschrift i.S. des § 66 der Finanzgerichtsordnung --FGO--) von der Pflicht zur elektronischen Übermittlung nach § 52d FGO erfasst?2. Verpflichtet die derzeit geltende Fassung des § 52d

Satz 2 FGO neben den dort genannten vertretungsberechtigten Personen auch bereits Steuerberater als BEVOLLMÄCHTIGTE zur elektronischen Übermittlung nach § 52d FGO; oder unterliegen diese erst mit Inkrafttreten der geänderten Fassung des § 52d Satz 2 FGO zum 01.01.2026 (Artikel 19 des Gesetzes zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 05.10.2021, BGBl I 2021, 4615) dieser Verpflichtung?3. Steht der sichere Übermittlungsweg gemäß § 52d Satz 2 FGO erst dann zur Verfügung, wenn dessen ERRICHTUNG (§ 52a Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 FGO) insgesamt abgeschlossen ist, das heißt wenn die Bundessteuerberaterkammer (BStBK) für jeden Steuerberater und Steuerbevollmächtigten ein besonderes elektronisches Steuerberaterpostfach empfangsbereit eingerichtet hat (§ 86d Abs. 1 Satz 1 des Steuerberatungsgesetzes), mithin frühestens ab dem 17.03.2023 (Versand aller Registrierungsbriefe durch die BStBK)?

- ***InvStG § 56 Abs 2:***
  Investmentfonds, Freistellung, Veräußerung, Verfassungsmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: VIII R 22/23

Sind die Regelungen des § 56 Abs. 2 und Abs. 3 InvStG im Zusammenwirken mit der Teilfreistellung nach § 20 Abs. 1 InvStG verfassungswidrig, soweit die steuerliche Belastung des An- und Verkaufs von Fondsanteilen das damit erzielte Einkommen übersteigen, so dass auch in Verlustfällen eine Steuerbelastung rechtmäßig erscheint?

- ***KN Pos 7307:***
  Einfuhrabgaben, Antidumpingzoll, Grundsätzliche Bedeutung

Bundesfinanzhof Az: VII R 16/23

Festsetzung von Antidumpingzoll für Verbindungselemente der KN Pos. 7307 aus der Volksrepublik China:Wird die von einem Antidumpingverfahren betroffene Ware nur durch die Beschreibung in der Einleitungsbekanntmachung der Antidumpingverordnung definiert?Überlagert die Warenbeschreibung einer Auslaufüberprüfung die Beschreibung in der Einleitungsbekanntmachung?

- ***KN Pos 7326:***
  Tarifierung, Einreihung, Verbindliche Zolltarifauskunft

Bundesfinanzhof Az: VII R 17/23

Zolltarifliche Einreihung im Rahmen einer verbindlichen Zolltarifauskunft:Sind sogenannte Schmiederohlinge aus Stahl in die Pos 7326 KN oder die Pos 8302 KN einzureihen?Folgende Fragen sind gegebenenfalls im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens zu klären:1. Ist die AV 2a für die Auslegung der Kombinierten Nomenklatur subsidiär zur AV 1?2. Ist die AV 2a über ihren Wortlaut hinaus neben dem Wortlaut der Positionen auch auf die Anmerkungen zu den Abschnitten und Kapiteln anwendbar?

- ***KraftStG § 3 Nr 7 S 1 Buchst a:***
  Kraftfahrzeugsteuer, Steuerbefreiung, Sonderfahrzeug, Forstwirtschaft, Verwendung

  Bundesfinanzhof Az: IV R 18/23

  Ist die "ausschließliche Eignung" und die damit einhergehende Frage einer anderweitigen "sinnvoll-praktischen" Verwendungsmöglichkeit eines Sonderfahrzeugs nach objektiven Kriterien und nicht subjektiv zu bewerten, und ist infolgedessen die Steuerbefreiung der im forstwirtschaftlichen Betrieb des Klägers zum Transport von Langholz verwendeten Zugmaschine mit Anhänger ("Nachläufer") gemäß § 3 Nr. 7 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes zu versagen?

- ***KStG § 1 Abs 1 Nr 5:***
  Stiftung, Körperschaftsteuerpflicht

  Bundesfinanzhof Az: I R 20/23

  Darf eine durch wirksames kommunales Satzungsrecht als öffentlich-rechtliche Stiftung gekennzeichnete unselbständige Stiftung im Steuerrecht als privatrechtliche Stiftung bewertet werden?

- ***KStG § 1 Abs 1 Nr 5:***
  Stiftung, Körperschaftsteuerpflicht, Steuerbefreiung

  Bundesfinanzhof Az: I R 19/23

  Darf eine durch wirksames kommunales Satzungsrecht als öffentlich-rechtliche Stiftung gekennzeichnete unselbständige Stiftung im Steuerrecht als privatrechtliche Stiftung bewertet werden?

- ***KStG § 27 Abs 3 S 1 Nr 3:***
  Einlagekonto, Bescheinigung, Zahlungstag, Betrieb gewerblicher Art, Dauerverlustgeschäfte

  Bundesfinanzhof Az: I R 32/23

  Kann von dem gesetzlich ausdrücklich vorgesehenen Erfordernis der Angabe des Zahlungstags in der Bescheinigung nach § 27 Abs. 3 KStG bei einem Verpachtungs-BgA als Dauerverlustbetrieb abgesehen werden?

- ***KStG § 8 Abs 3 S 2:***
  Verdeckte Gewinnausschüttung, Pensionszusage, Gesellschafter-Geschäftsführer, Erdienbarkeit

  Bundesfinanzhof Az: I R 24/23

  Verdeckte Gewinnausschüttung - PensionszusageIst auf einen einheitlichen Renteneintrittszeitpunkt einerseits für die Erdienbarkeit einer Pensionszusage und andererseits für

die Berechnung der Pensionsrückstellung und damit der Vermögensminderung abzustellen?

- ***KStG § 8b Abs 3:***
  Schachtelbeteiligung, Hinzurechnung, Rückwirkungsverbot, Verfassungswidrigkeit

Bundesfinanzhof Az: I R 30/23

Ist die Anwendung von § 8b Abs. 3 KStG i.V.m. § 40a Abs. 1 Satz 2 KAGG i.d.F. des Korb II-Gesetzes nach § 43 Abs. 18 KAGG i.d.F. des Korb II-Gesetzes für Veräußerungen bzw. Rückgaben im Jahr 2003 aufgrund einer unzulässigen Rückwirkung verfassungswidrig?

- ***LPartG § 20a Abs 5:***
  Einkommensteuer, Einkommensteuerveranlagung, Zusammenveranlagung, Eingetragene Lebenspartnerschaft, Rückwirkende Änderung

Bundesfinanzhof Az: III R 18/23

Ist das Ehegattenwahlrecht aufgrund einer rückwirkenden Umwandlung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft in eine Ehe auch rückwirkend zu gewähren?

- ***MOG § 12 Abs 1:***
  Zinsfestsetzung, Aussetzungszinsen, Zucker, Marktordnung, Regelung

Bundesfinanzhof Az: VII R 14/23

Aussetzungszinsen für C-Zuckerabgaben:
1. Richtet sich die Verzinsung einer gemäß Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2670/81 festgesetzten C-Zuckerabgabe nach dem unionsrechtlichen Zinsanspruch, der nationalrechtlich über § 12 Abs. 1, § 14 Abs. 1 Satz 2 des Marktordnungsgesetzes (MOG) i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 3 der Zucker-Produktionsabgaben-Verordnung a.F. (ZuckProdAbgV) umgesetzt wird, oder ergeben sich die zinsrechtlichen Folgen (allein) aus den nationalen Vorschriften der Abgabenordnung (AO) gemäß § 12 Abs. 1 MOG i.V.m. §§ 237-239 AO?
2. Unterliegt ein solcher Zinsanspruch hinsichtlich seiner Verjährung den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches?

- ***UmwStG § 20 Abs 3 S 1:***
  Einbringung, Betriebsvermögen, Veräußerungsgewinn, Bindungswirkung

Bundesfinanzhof Az: I R 26/23

Bindungswirkung des § 20 Abs. 3 Satz 1 UmwStG 2006 (Bindung an den Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft für die Ermittlung des Veräußerungsgewinns des Einbringenden gemäß § 18 Abs. 3 i.V.m. § 16 EStG).

- ***UStG § 1 Abs 1 Nr 1:***
  Umsatzsteuerpflicht, Entgelt, Pandemie, Beitrag

  Bundesfinanzhof Az: XI R 5/23

  Sind Beitragszahlungen an ein Fitnesscenter auch dann als umsatzsteuerpflichtige Entgelte anzusehen, wenn das Fitnesscenter auf Grund einer vorübergehenden, pandemiebedingten Schließung keine Nutzung seiner Räumlichkeiten anbieten kann?

- ***UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1 S 1:***
  Vorsteuerabzug, Unternehmer, Gemeinde, Steuerbare Leistung

  Bundesfinanzhof Az: XI R 21/23 (XI R 30/19)

  Unternehmereigenschaft und Vorsteuerabzug einer KurgemeindeStellt der Betrieb von Kureinrichtungen gegen eine Kurtaxe eine unternehmerische Tätigkeit dar und ist somit der Vorsteuerabzug für damit zusammenhängende Eingangsleistungen zu gewähren?Das Verfahren XI R 30/19 war durch Beschluss vom 15.12.2021 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-344/22 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- ***UStG § 15 Abs 1a:***
  Vorsteuerabzug, Repräsentationsaufwendungen

  Bundesfinanzhof Az: XI R 32/22

  Vorsteuerabzug aus der Sanierung einer (Ritter-)Burg, wobei dies im Rahmen eines unternehmerischen Gesamtkonzepts erfolgt: Sind hierin Repräsentationsaufwendungen zu sehen, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigen?

- ***UStG § 15 Abs 2 S 1 Nr 1:***
  Vorsteuerabzug, Mitgliedsbeitrag, Steuerbefreiung

  Bundesfinanzhof Az: V R 4/23

  Umfasst die Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 22 Buchst. b UStG auch Mitgliedsbeiträge zu gemeinnützigen Sportvereinen mit der Folge, dass über § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 UStG der begehrte Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist?

- ***UStG § 17 Abs 2 Nr 1:***
  Umsatzsteuer, Berichtigung, Insolvenz, Insolvenzplan, Insolvenztabelle

  Bundesfinanzhof Az: XI R 3/23

  Kommt eine nachträgliche erste Berichtigung nach Insolvenzplanbestätigung noch in Betracht, wenn das Insolvenzverfahren nach Bestätigung des Insolvenzplanverfahrens aufgehoben worden ist und die Umsatzsteuerforderung noch vor Aufhebung des Verfahrens zur Insolvenztabelle angemeldet worden ist?

- ***UStG § 18 Abs 9:***
  Vorsteuer, Vergütungsverfahren, Mitgliedstaat, Rechnung

  Bundesfinanzhof Az: XI R 17/23

  Müssen bei der Vergütung von Vorsteuern im besonderen Verfahren gemäß § 18 Abs. 9 UStG i.V.m. §§ 59 ff. UStDV die nach Artikel 15 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. Artikel 8 Abs. 2 b der Elften Richtlinie 2008/9/EG des Rates vom 12. Februar 2008 zur Regelung der Erstattung der Mehrwertsteuer gemäß der Richtlinie 2006/112/EG an nicht im Mitgliedstaat der Erstattung, sondern in einem anderen Mitgliedstaat ansässige Steuerpflichtige geforderten Angaben separat für jede Rechnung in der verpflichtenden Anlage des elektronischen Antragsformulars zum Vergütungsantrag aufgeführt werden, um zum Gegenstand des Vergütungsantrages zu werden, oder genügt es für die Vergütung, wenn in der Anlage zum Vergütungsantrag zwar keine Angaben aufgeführt sind, die Finanzverwaltung aber die fehlenden Informationen aus den ihr vorliegenden Rechnungen entnehmen kann.

- ***UStG § 18 Abs 9:***
  Vorsteuervergütung, Vergütungsantrag, Anzahlung, Schlussrechnung

  Bundesfinanzhof Az: V R 6/23

  Vorsteuervergütungsverfahren bei Schlussrechnungen mit AnzahlungsanteilenMüssen im Verfahren nach § 18 Abs. 9 UStG i.V.m. § 61 UStDV eigenständige Anzahlungs- bzw. Abschlagsrechnungen i.S. des § 14 UStG separat für jede Rechnung in der verpflichtenden Anlage des elektronischen Antragsformulars zum Vergütungsantrag aufgeführt werden oder genügt es für die Vergütung des gesamten in einer Schlussrechnung ausgewiesenen Vorsteuerbetrags, wenn in der Anlage zum Vergütungsantrag lediglich die Endrechnung aufgeführt ist, die Anzahlungsrechnungen vorliegen und die Gefahr einer Mehrfachvergütung ausgeschlossen werden kann?

- ***UStG § 4 Nr 2:***
  Seeschifffahrt, Steuerbefreiung, Mittelbare Leistung, Vorstufenbefreiung, Vermietung

  Bundesfinanzhof Az: V R 12/23

  Zur Steuerpflicht mittelbarer Leistungen für die SeeschifffahrtIst die Vermietung von Maschinen an einen Unternehmer, der damit steuerfrei Seeschiffe löscht, jedenfalls dann nicht nach § 4 Nr. 2, § 8 Abs. 1 Nr. 5 UStG steuerfrei, wenn mit den Maschinen auch andere Arbeiten ausgeführt werden können? Oder genügt es für den Zweck der Vorstufenbefreiung, wenn eine Leistung auf der Vorstufe "ihrem Wesensgehalt nach vollumfänglich in eine Leistung der nachfolgenden Stufe" eingeht?